Aktenzeichen: XXX

Ort, Datum

Hauptverhandlung am Datum

**Beweisantrag**

###

*Die hier gewählte Protestform war angesichts der gravierenden und globalen Auswirkungen der Klimakatastrophe und der Rolle unserer Nutzung von fossilen Rohstoffen in diesem Zusammenhang, angemessen und ein verhältnismäßig mildes Mittel, um diesem Missstand entgegenzutreten. Um die grundlegenden Tatsachen für eine solche Annahme zu beweisen und insbesondere den Einfluss von fossilen Energien, im spezifischen den der RMR, auf den Treibhauseffekt zu belegen, wird beantragt:*

Herrn Prof. Stefan Rahmstorf
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)
krukenberg@pik-potsdam.de
Postfach 60 12 03
14412 Potsdam

als Sachverständigen zu laden.

### **Begründung**

Durch die Anhörung von Prof. Stefan Rahmstorf wird deutlich werden, dass es sich bei der aktuellen Klimanotstandslage um eine Situation handelt, die bedeutend durch den weiteren Ausbau von fossilen Energieträgern und Rohstoffen, sowie von der damit einhergehenden Nutzung, vorangebracht wird. Als Klima- und Meeresforscher leitet er die Abteilung Erdsystemanalyse am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung. An der Universität Potsdam trägt er zudem die Professur für Physik der Ozeane. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Paläoklimaforschung, sowie die Veränderungen von Meeresströmungen und dem Meeresspiegel, sowie Wetterextremereignissen. In dieser Rolle schreibt Prof. Stefan Rahmstorf regelmäßig für Medien, wie den SPIEGEL, über die Realität der Klimakrise.

In einem Beitrag für den SPIEGEL vom September 2022 findet er klare Worte zu der Rolle von fossilen Brennstoffen, wie sie durch die RMR-Pipeline befördert werden. Dazu ein paar beispielhafte Auszüge aus dem Artikel zur Verdeutlichung der Situation:

### ***Wie wir uns zu Tode subventionieren***

*Die Verbrennung fossiler Brennstoffe richtet massive Schäden an. Dennoch wird sie gefördert – etwa durch den Tankrabatt. Dabei gäbe es sinnvolle Alternativen, von denen auch Geringverdiener profitieren. (…)*

*Nach meiner Überzeugung sollte der Staat nur fördern, was für die Allgemeinheit wünschenswert und von Nutzen ist, von Bildung über Gesundheitsvorsorge bis zu sauberer Luft, einem stabilen Klima und dem Erhalt der Artenvielfalt. Fossile Energienutzung oder mehr Autoverkehr gehören im 21. Jahrhundert definitiv nicht mehr dazu. (…)*

*Erstens profitieren von billigem Benzin und Heizöl meist die Falschen:* [*die mit den durstigsten Autos und den größten Häusern*](https://www.spiegel.de/wirtschaft/benzin-und-diesel-der-tankrabatt-ist-ein-deutscher-selbstbetrug-ein-kommentar-a-de9ed15d-24a8-4bbe-b072-9fc29467c509)*, die Ölkonzerne und Putin, aber weniger die Menschen mit geringem Einkommen. Zweitens entsteht durch künstlich billigen Sprit der falsche Anreiz, mehr zu verbrauchen und nicht weniger. (…)*

*Doch was für die Autofahrer in Deutschland gilt, gilt leider auch weltweit für die fatale fossile Energienutzung: Sie wird massiv subventioniert. Zwar versprachen die G7-Staaten Ende Mai (wenige Tage bevor der Tankrabatt der Bundesregierung in Kraft trat), die direkte öffentliche Finanzierung fossiler Energieträger bis Ende 2022 einzustellen und »ineffiziente« fossile Subventionen* [*bis 2025 zu beenden*](https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klima-krise-was-haben-das-weltwirtschaftsforum-in-davos-und-das-g7-treffen-in-berlin-gebracht-a-44abc0d2-520c-4496-94df-af69e5f28657)*. Doch die G7 (damals noch G8) versprechen schon seit 2009 immer wieder, ineffiziente fossile* [*Subventionen*](https://www.spiegel.de/thema/subventionen/) *zu beenden – und seit 2016 wird dafür das Enddatum 2025 genannt. Liest man damalige Medienberichte dazu, kann man sie leicht* [*mit einem aktuellen Bericht verwechseln*](https://www.theguardian.com/environment/2016/may/27/g7-nations-pledge-to-end-fossil-fuel-subsidies-by-2025)*. Auch die G20 versprechen seit 2009* [*ein Ende der fossilen Subventionen*](https://www.reuters.com/article/us-g20-energy-idUSTRE58O18U20090926)*. Doch wenig ist seither passiert, um sie tatsächlich abzubauen. (…)*

*Noch wichtiger ist aber, den Unterschied zwischen offenen und versteckten Subventionen zu verstehen. Nur die Summe von beiden zeigt das volle Ausmaß der öffentlichen Förderung fossiler Energien. Diese berechnet seit 2015 der internationale Währungsfonds (*[*IWF*](https://www.spiegel.de/thema/iwf/)*) – eine grünem Wunschdenken gänzlich unverdächtige Organisation von 189 Nationen. Dabei wird vom Verursacherprinzip ausgegangen: verursacht ein Produkt Kosten für die Allgemeinheit, etwa durch Luftverschmutzung, sollte der Verursacher diese bezahlen, indem eine entsprechende Steuer auf das Produkt erhoben wird. (…)*

*In einer Studie vor dem Pariser Klimagipfel 2015 schätzte der IWF die weltweiten offenen und versteckten fossilen Subventionen auf atemberaubende 5300 Milliarden US-Dollar im Jahr. (…) Ein IWF-Update vom September 2021* [*ergab 5900 Milliarden US-Dollar*](https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2021/09/23/Still-Not-Getting-Energy-Prices-Right-A-Global-and-Country-Update-of-Fossil-Fuel-Subsidies-466004)*, entsprechend 6,8 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Die Subventionen steigen demnach immer weiter, statt abgebaut zu werden. 29 Prozent davon sind Klimaschäden, die nicht vom Verursacher, sondern von uns allen bezahlt werden.*

*Dabei sind diese vom IWF noch konservativ angesetzt, nämlich mit einem angenommenen CO₂-Preis von 60 Dollar pro Tonne. Das Umweltbundesamt rechnet bereits mit Klimakosten* [*von 200 Euro pro Tonne CO₂*](https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/gesellschaftliche-kosten-von-umweltbelastungen#gesamtwirtschaftliche-bedeutung-der-umweltkosten)*.*

*Der IWF argumentiert völlig zu Recht, dass eine volkswirtschaftlich effiziente Bepreisung von Benzin, Erdgas und Kohle die Schadenskosten abdecken sollte – nur so entsteht der richtige Preisanreiz, um die gesellschaftlichen Schäden zu minimieren und Investitionen, wo immer sinnvoll, in klimafreundlichere Alternativen umzulenken. (…)*

Zur Verdeutlichung der immensen Dimensionen der Klimakatastrophe hier Auszüge aus einem Artikel vom 13.10.22:

### ***Extremsommer 2022Was 100.000 Tote zusätzlich mit dem Klimawandel zu tun haben***

*Der vergangene Sommer war in Europa der heißeste seit mindestens 500 Jahren. Das macht sich deutlich in der Sterbestatistik bemerkbar. Weltweit könnten in wenigen Jahrzehnten ganze Regionen unbewohnbar sein.*

*Dass Hitze töten kann, ist in* [*Europa*](https://www.spiegel.de/thema/europa/) *spätestens seit dem »Jahrhundertsommer« 2003* [*klar*](https://de.wikipedia.org/wiki/Hitzewelle_in_Europa_2003)

*Am Stadtrand von Paris mussten damals gekühlte Zelte aufgestellt werden, weil die Leichenhäuser der Stadt völlig überfüllt waren. Die Sterblichkeitsstatistik zeigte, dass die damalige Sommerhitze in Europa rund 70.000 Todesopfer gefordert hat. Und der Rekordsommer 2003 ist seither bereits viermal übertroffen worden.*

*Die bislang heißesten Sommer sind inzwischen in aufsteigender Reihenfolge 2010, 2018, 2021 und 2022. Ersterer mit verheerenden Bränden rund um Moskau, Dürre und Missernten, die dazu führten, dass* [*Russland*](https://www.spiegel.de/thema/russland/) *den Export von Getreide verbot, was die Brotpreise in Nordafrika in die Höhe trieb und als ein Auslöser des Arabischen Frühlings gilt.*

*Für* [*Deutschland*](https://www.spiegel.de/thema/deutschland/) *hat eine Studie des Robert Koch-Instituts (RKI), des Umweltbundesamtes (Uba) und des Deutschen Wetterdiensts (DWD) für die Jahre 2018 bis 2020 abgeschätzt, dass insgesamt 19.300 Menschen durch die Auswirkungen von Hitze ums Leben* [*kamen*](https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/uebersterblichkeit-durch-hitze-die-toedlichen-folgen-der-klimakrise-in-deutschland-a-2ef47011-8042-4094-b7d6-09a32e8253e8)*. Und im August hat das Statistische Bundesamt darauf hingewiesen, dass im Juli 2022 in Deutschland auffallend viele Menschen starben: rund 9.000 beziehungsweise 12 Prozent mehr Menschen als im Schnitt im Juli der vier vorangegangenen* [*Jahre*](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22_343_126.html)*. Die unmittelbaren physiologischen Probleme, die zum Tod führen, sind dabei* [*vielfältig*](https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/medizin-27-moeglichkeiten-an-hitze-zu-sterben-1.3742097)*.*

*Kürzlich wurden die Daten für Europa für den Hitzesommer 2022 auf der Datenseite des* [*EuroMOMO-Netzwerks*](https://www.euromomo.eu/graphs-and-maps) *zur Beobachtung von Sterblichkeitsentwicklungen veröffentlicht, und sie sind erschreckend. Die Übersterblichkeit in den Monaten Juni, Juli, August betrug demnach 107.000 Menschen (mehr dazu* [*lesen Sie hier*](https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/rekordsommer-2022-wie-heiss-werden-die-sommer-in-europa-noch-a-347151a8-9324-429f-bb50-9edb5907177c) *).*

*Könnte das an Covid liegen? Das Statistische Bundesamt schrieb zu den deutschen Zahlen, dass Covid sie »nur zu einem geringen Teil« erklärt. Stattdessen korrelieren sie stark mit der* [*Temperatur*](https://taz.de/Hitzetote-in-Deutschland/%215873299/)*. (…)*

*Die Daten deuten daher stark darauf hin, dass der vergangene Hitzesommer in Europa rund 100.000 Menschenleben gekostet hat. Es ist kaum begreiflich, dass dies den meisten Medien kaum eine Fußnote wert ist.*

*Die meisten Opfer gab es in der Altersgruppe ab 65 Jahren. Gerade für Senioren erweist sich die fortschreitende Erderwärmung damit als echter Killer. Dass extreme Hitzewellen bereits um ein Vielfaches häufiger geworden sind aufgrund der durch fossile Brennstoffnutzung verursachten Überhitzung unseres Planeten, ist wissenschaftlich* [*belegt*](https://www.nature.com/articles/s41612-021-00202-w)*. Ebenso die Tatsache, dass gerade Europa ein Hotspot zunehmender* [*Hitzewellen ist*](https://www.nature.com/articles/s41467-022-31432-y)*. Wir sollten daher – wie* [*Frankreich*](https://www.spiegel.de/thema/frankreich/) *nach der Katastrophe 2003 – unbedingt bessere Vorsorge für künftige, noch schlimmere Hitzewellen* [*treffen*](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-06/hitze-gefahr-tote-hitzeperioden-klimawandel)*.*

*Gerade hat* [*ein Bericht*](https://www.ifrc.org/sites/default/files/2022-10/Extreme-Heat-Report-IFRC-OCHA-2022.pdf) *der Vereinten Nationen und des Roten Kreuzes davor gewarnt, dass schon in wenigen Jahrzehnten ganze Regionen der Erde durch die Hitze unbewohnbar* [*werden*](https://www.tagesschau.de/wissen/klima/hitzewellen-weltregionen-101.html)*, wenn wir die Erderwärmung nicht bald stoppen. Der Aufenthalt im Freien wird dann während Hitzephasen so gefährlich, dass etwa die Arbeit auf Baustellen oder auf den Feldern auch jungen, gesunden Menschen nicht mehr möglich ist.*

*In diesem Frühjahr gab es bereits in* [*Indien*](https://www.spiegel.de/thema/indien/) *und* [*Pakistan*](https://www.spiegel.de/thema/pakistan/) *eine wochenlang anhaltende Hitzewelle mit verbreitet Temperaturen weit über 40 Grad Celsius, bis zu 49,5 Grad Celsius in der Stadt Nawabshah; die Wahrscheinlichkeit dieser Hitze hat sich durch die Erderwärmung* [*verdreißigfacht*](https://www.worldweatherattribution.org/climate-change-made-devastating-early-heat-in-india-and-pakistan-30-times-more-likely/)*. Im Golfstaat Katar dürfen bereits seit Mai 2021 Arbeiter im Sommer zwischen 10 und 15.30 Uhr nicht mehr im Freien arbeiten.*

*Und die Überhitzung unseres Planeten wird mit jedem Jahr des politischen Zauderns und Vertagens nur schlimmer. Wir können die Erderwärmung später nicht zurückdrehen, wenn es uns endgültig zu heiß geworden ist, denn der von uns einmal verursachte CO₂-Anstieg in der Atmosphäre wird viele Jahrtausende Bestand haben. Wir können ihn nur in letzter Minute stoppen, indem wir die Emissionen so schnell wie möglich auf null bringen. Die Rezepte dafür hat der Weltklimarat IPCC in seinem aktuellen Bericht ausführlich* [*dargelegt*](https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-working-group-3/)*.*

### **Relevanz**

Als Experte für Klimafolgenforschung ist Prof. Stefan Rahmstorf bestens qualifiziert, um die heute verhandelten Protesthandlungen in die größere Dimension der Klimanotstandslage, sowie die Bedeutung eines Ausstiegs aus den fossilen Energieträgern, einzuordnen und zu bewerten. Dies ist von Relevanz für das vorliegende Verfahren, da hier entscheiden ist, ob das Abdrehen der Pipelines konkret gesprochen ein erforderliches, sprich geeignet und das relativ mildeste Mittel zur Gefahrenabschwächung, und angemessenes Mittel im Sinne des § 34 StGB gewesen sind.

In dem vorliegenden Verfahren muss geklärt werden, inwiefern die vorliegenden Protesthandlungen konkret geeignet waren, um die globale Emissionsmenge zu reduzieren. Geeignet ist ein Mittel nur dann, wenn es jedenfalls nicht völlig nutzlos zur Gefahrenbeseitigung oder -abschwächung ist. Gerade bei einer komplexen und vielschichtigen Gefahr wie der des Klimawandels kann es aber niemals das eine geeignete Mittel zur Gefahrabwendung geben. Vielmehr ist eine Summe politischer und individueller Entscheidungen erforderlich – nur ein inner- und überstaatliches Zusammenwirken kann die Krise aufhalten oder zumindest abschwächen. Die hier zur Debatte stehenden Handlungen hatten das Ziel, die Emissionsmenge durch einen relativ kleinen Einschnitt mit allerdings doch bedeutsamem Effekt zu reduzieren, da sich nicht allein auf staatliche Handlungen in diesem Feld verlassen werden kann, wie die wahrscheinliche Verfehlung des 1.5. Grad Ziels aus dem eigentlich völkerrechtlich bindendem Pariser Klimaabkommen und fehlende Vorkehrungen und gesetzliche Regelungen im Bereich der fossilen Energieträger und anhängiger Konzerne, aufzeigt. Ähnlich wie auch das Festketten an einem einzelnen Baum eine Handlung im Sinne des § 34 StGB sein kann, sollte auch das Abdrehen einer Pipeline als Notstandshandlung in diesem Kontext gewertet werden.

Des Weiteren wird er bestätigen, dass die verhandelten Notstandshandlungen verhältnismäßig waren, weil das geschützte Interesse - Leben, körperliche Unversehrtheit, Wohlstand und Freiheit - gegenüber dem beeinträchtigten Interesse - Profit der Konzerne - wesentlich überwiegt und dass die Taten ein angemessenes mögliches Mittel zur Abwendung der Gefahr darstellten.

Das Beweismittel ist geeignet, um die zu beweisende Tatsache zu bestätigen.
Ich beantrage hierzu einen schriftlichen und verlesenen Gerichtsbeschluss.

Ort, Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_